

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK UND KULTURELLE BILDUNG >>

In keiner anderen Praxisform können die pädagogischen Prinzipien der eigenständigen Jugendpolitik so gut umgesetzt werden wie in der Kulturellen Bildung.

Von Max Fuchs

Die Kinder- und Jugendpolitik hat es als Politikfeld nicht leicht. Bei Abgeordneten zählt der Ausschuss, der sich mit Kinder- und Jugendpolitik befasst, nur selten zur ersten Wahl. Hier sind Innen- oder Finanzausschuss, der Verteidigungs- und selbst der Verkehrsausschuss eindeutig attraktiver. In der Bundesregierung und in Landesregierungen wird die Zuständigkeit für die Jugend oft genug so mit anderen Zuständigkeiten zusammengelegt, dass daraus die Ministerien mit den längsten Bezeichnungen entstehen (Frauen, Senioren, Familie etc.). Wenn über Jugend(politik) berichtet wird, dann ist dies oft genug mit Problemen verbunden: Kriminalität, Online-Sucht oder Ähnliches. Jugendpolitik ist in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem Jugendproblempolitik. Es geht um Defizite, Störungen, abweichendes Verhalten, so dass das Bild von Jugend in der öffentlichen Wahrnehmung und in den Medien stark defizitorientiert ist. Man hat sogar gelegentlich das Gefühl, dass die ältere Generation eher mit Misstrauen auf die Jugend schaut, vielleicht getrieben von der Sorge, dass diese aus dem Generationenvertrag aussteigen könnte. Dies entspricht natürlich weder dem Wortlaut noch dem Geist des KJHG, das einen Anspruch aller Kinder und Jugendlichen auf eine Unterstützung bei der Entwicklung einer gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit formuliert. Das Jugendhilfegesetz sieht zwar auch disziplinierende Eingriffe bei einem Fehlverhalten von Jugendlichen und ihren Eltern vor: Es ist über weite Strecken aber auch ein Instrument der Unterstützung. So sollen etwa die Arbeitsfelder der Jugendarbeit (§11), also politische Bildung, Sport und eben auch kulturelle Bildung allen Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Der UNESCO- und BKJ-Slogan „Kulturelle Bildung für alle“ findet hier eine stabile gesetzliche bzw. förderpolitische Grundlage. Das war übrigens lange der Fall vor der berühmt gewordenen Formulierung von Hilmar Hoffmann.

Es gibt also gute Gründe, an den Wert einer eigenständigen Jugendpolitik zu erinnern. Allerdings fällt die Realisierung offenbar schwer. So gab es bereits vor 40 Jahren einen jugendpolitischen Aufbruch, seinerzeit (1974) unter dem Motto einer „offensiven Jugendpolitik“, die „mehr Chancen für die Jugend“ forderte. Auch damals ging ein wichtiger konzeptioneller Impuls vom Bundesjugendkuratorium aus, ebenso wie heute das Konzept „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik“ (2009) wichtige Impulse gegeben hat. Seinerzeit ging es auch darum, eine Antwort auf den „Jugendprotest im demokratischen Staat“ (so der Titel einer Bundestagsenquete) zu finden. Ebenso wie damals ist heute davon auszugehen, dass Politikfelder, die sich mit Jugend befassen – in erster Linie ist hier die Bildungspolitik, im Falle der kulturellen Bildung ist auch die Kulturpolitik zu nennen – offenbar keine angemessenen Antworten für die

Jugend bereithalten. Dabei muss die Jugendpolitik heute durchaus (wieder einmal) aus einer Defensivposition argumentieren. Denn die Marginalisierung auf der Ebene der Politik entspricht einer Drucksituation, in die die Jugendarbeit vor Ort geraten ist. Insbesondere ist es die Ganztagschule, die die Ressource Zeit der älteren Kinder und der Jugendlichen in Anspruch nimmt und die daher die Chancen und Möglichkeiten von Jugendarbeit empfindlich reduziert.

Mit aller Selbstverständlichkeit wird die Schule immer mehr in den Mittelpunkt aller Angebote und Aktivitäten gerückt, sodass für eine Jugend(kultur)arbeit, die sich an den Prinzipien der Freiwilligkeit, der Partizipation, der Fehlerfreundlichkeit, der Stärkenorientierung etc. orientiert, immer weniger Raum bleibt: Die Zwangsanstalt Schule erobert allmählich das pädagogische Monopol. Natürlich muss Schule sein, insbesondere muss es eine gute Schule sein. Denn keine andere Institution kann die Aufgabe der Schule übernehmen, den Kindern und Jugendlichen ein (weltanschaulich neutrales) systematisches Bild von der Welt zu vermitteln. Die kulturellen Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind natürlich wichtig für das weitere Leben, sie bilden sogar die Grundlage auch für die Bildungsangebote, die außerhalb der Schule stattfinden. Ebenso wichtig sind darüber hinausgehende weitere Fähigkeiten, die in der Schule vermittelt werden. Es lohnt daher jeder Einsatz für eine gute Schule, die diese Aufgabe besser erfüllt, als es unser gegenwärtiges Bildungssystem tut. Doch etwas fehlt dabei.

Die seinerzeitige „offensive Jugendhilfe“ orientierte sich an fünf Leitkategorien: Autonomie und Soziabilität, Sexualität, Produktivität und Kreativität. Sicherlich würde man heute zu einer anderen Gewichtung kommen, doch im Kern haben diese Leitlinien ihre Relevanz bewahrt. Auch die aktuellen Schwerpunktsetzungen klingen durchaus nicht fremd gegenüber dem älteren Vorläufer: die Stärkung der Zukunftsperspektiven, die Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung junger Menschen, soziale und Bildungsgerechtigkeit, Verbesserung der Teilhabe etc. Neu sind diese Forderungen natürlich nicht. Sie sind sogar geltendes Recht, sofern man internationale Konventionen wie die Kinderrechtskonvention ernst nimmt. Wieso brauchen wir daher für die Realisierung dieser Ziele die Jugendpolitik? Man muss sehen, dass die staatliche Zwangsanstalt Schule trotz ihrer unbestrittenen Bedeutung zentrale Prinzipien, die für eine „Kultur des Aufwachsens“ wichtig sind, nicht umsetzen kann: Ihre Aufgabe ist eben eine andere, sie hat zudem die Handlungslogik eines öffentlichen Betriebes und ist unter strengster staatlicher Kontrolle. Dass man trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen versuchen kann, eine andere Schule zu realisieren, zeigen unsere Initiativen rund um den Prozess kultureller Schulentwicklung, die (auch) zum Ziel haben, die so gestaltete Schule zu einem besseren Partner für die Jugendarbeit zu machen. Die Kulturpolitik wiederum redet zurzeit zwar auch oft und intensiv über kulturelle Bildung. Doch spätestens bei dem zweiten Satz vieler Verlautbarungen wird als entscheidende Motivation für das eigene Bildungsengagement die „Gewinnung des Kulturpublikums der Zukunft“ genannt. „Kulturelle Bildung“ wird dann schnell zu einem bloßen Marketinginstrument, bei dem Kinder und Jugendliche für die Zwecke der Erhaltung von Theatern und Opernhäusern instrumentalisiert werden. Tatsächlich bleibt dann nur

noch die Jugendpolitik, die sich uneingeschränkt auf Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen einlassen kann. Die oben genannten kulturpädagogischen Prinzipien und die alten und neuen Leitlinien der Jugendhilfe gehen dabei in dieselbe Richtung: Kulturelle Bildung braucht die Jugendpolitik! Doch braucht eine ambitionierte Jugendpolitik und -arbeit auch die kulturelle Bildung. Denn es gibt keine anderen Praxisformen, in denen die jugendpädagogischen Prinzipien der EJP so gut umgesetzt werden können.

Es ist daher höchste Zeit, dieses Passen beider Ansätze deutlich zu machen, damit auch hier zusammenwächst, was zusammen gehört.



Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. Max Fuchs

Akademie Remscheid für Kulturelle Bildung

Küppelstein 34, 42857 Remscheid

Fon: 02191.7942-22

Fax: 02191.7942-05

[fuchs\(at\)akademieremscheid.de](mailto:fuchs(at)akademieremscheid.de)

www.akademieremscheid.de